

**Abonnementspreise**

Für Basel  
und die ganze Schweiz:  
1 Monat. . . Fr. 3.—  
3 Monate . . . 8.—  
6 . . . 15.50  
12 . . . 30.—  
Bei Postabonnements  
30 Cts. Zuschlag.

Unter persönlicher Adresse  
Zuschlag.

Für das Ausland Post-  
zuschlag; bei Postabonne-  
ment möglichst, entsprechend  
billiger.

# Basler Nachrichten

mit

## Finanz- und Handelsblatt

(Intelligenzblatt der Stadt Basel)

Redaktion:  
Dufourstrasse 40. • Telefon 23.860

Expedition:  
Dufourstrasse 40 • Telefon 22.860  
Postfach-Konto V 2400 (Basel)

**Insertionspreise**

Die 1-baltige Millimeter-  
zeile oder deren Raum:  
Für Basel 25 Cts.  
Für die Schweiz 35 Cts.  
Für das Ausland 40 Cts.  
Reklamen Fr. 1.25. Bei  
größeren Aufträgen Rabatt.  
Rubrik-Insertate: Basel  
25 Cts., Wiederholungen  
20 Cts. Insertate werden  
von der Publicitas  
A.-G. und ihren sämtlichen  
Filialen entgegenge-  
nommen. Für die Aufnahme  
von Anzeigen an bestimmt  
vorgeschriebenen Stellen  
oder Tagen wird keine  
Verantwortlichkeit über-  
nommen.

Druck und Verlag: Buchdruckerei zum Basler Berichthaus A.-G. Telefon 24.159. — Annoncen-Verwaltung: Publicitas, Schweizerische Annoncen-Expedition Aktiengesellschaft. — Telefon 22.929.

## Morgenblatt.

Die heutige Nummer enthält 2 Beilagen

### Neuestes.

Am Samstag fand in Paris die vom Staat angeordnete offizielle Trauerfeier für den verstorbenen ehemaligen Präsidenten der Republik Raymond Poincaré statt.

Arbeitsminister Marquet ist aus der neu sozialistischen Partei ausgetreten, weil sie mit seinem Verbleiben in der Regierung nach der Rekonstruktion des Kabinetts Doumergue nicht einverstanden war.

Die in Dohlem-Berlin versammelte Bekenntnissynode der Deutschen Evangelischen Kirche erließ nach zweitägigen Verhandlungen eine Botschaft an das Kirchenvolk, worin sie nach einer scharfen Kritik der Maßnahmen von Reichsbischof Müller und Sachwalter Dr. Jäger die christlichen Gemeinden, Pfarrer und Ältesten auffordert, von der Reichskirchenregierung keine Weisungen entgegenzunehmen und sich an die Anordnungen der Bekenntnissynode der Deutschen Evangelischen Kirche und

der von ihr eingesetzten Organe zu halten. Sie beruft zur Leitung und Vertretung der deutschen evangelischen Kirchen, als eines Bundes in ihrem Bekenntnis selbständiger Landeskirchen, den Bruderrat der Deutschen Evangelischen Kirche und aus dessen Mitte einen Rat zur Führung der Geschäfte.

Die Regierungskommission des Saargebietes teilt der deutschen Reichsregierung mit, daß sie deren Proteste wegen der Haltung der Kommission gegenüber dem Freiwilligen Arbeitsdienst, der von der Deutschen Front abhängig sei, nicht anerkennen könne.

Die in Brüssel versammelte Konferenz der Goldblokländer einigte sich auf ein Protokoll, das die Ernennung einer Generalkommission und die Verteilung der zu behandelnden Probleme an Unterausschüsse vorsieht, worauf die Generalkommission in drei Monaten in Brüssel zusammentreten soll.

In Jugoslawien ist das Ministerium Unowitz zurückgetreten, wie offiziell verlautet um dem Regenschafsrat die Möglichkeit zu bieten, eine den Bedürfnissen der Stunde entsprechende Regierung zu bilden.

Der Panindische Kongress hat ein Vertrauensvotum für Mahatma Gandhi beschlossen.

Die Abgeordnetenkammer von Mexiko nahm einen Antrag an, es sei der Bundespräsident zur Ausweisung sämtlicher Bischöfe und Erzbischöfe des Landes aufzufordern.

## Furchtbares Autounglück: drei Basler tot!

† Regierungsrat Dr. Fritz Aemmer  
† Pflegetspräsident Dr. F. Schill  
Spitaldirektor G. Moser  
† Spitaladjunkt K. Goetz

sind im Automobil am Samstag Abend auf einer Dienstreise beim Überholen eines andern Wagens in der Nähe von Lausanne verunglückt: Regierungsrat Aemmer, Dr. F. Schill und Karl Goetz waren augenblicklich tot, während Spitaldirektor Moser, der das Auto vermutlich gesteuert hat, mit schweren Verletzungen im Spital in Lausanne liegt.

## Die Konferenz der Goldblokländer.

### Die Beschlüsse.

Brüssel, 21. Okt. Ag. (Sabas.) Das nach Abschluß der Sitzung der Konferenz der Länder des Goldblocks von den Vertretern Belgiens, Frankreichs, Italiens, Luxemburgs, der Niederlande, Polens und der Schweiz unterzeichnete Protokoll hat folgenden Wortlaut:

„Die Vertreter der Goldblokländer sind überzeugt, daß die Stabilität der Währungen eine der Hauptbedingungen für eine Wiederkehr einer normalen wirtschaftlichen Lage ist, wie sie das schon in London am 3. Juli 1933 erklärt haben; sie sind der Meinung, daß sie mit der Herbeiführung der Stabilität ihrer Währungen zur Wiederherstellung der Weltwirtschaft beigetragen haben;

1. eine Generalkommission, bestehend aus den betreffenden Konferenzdelegierten, einzusetzen: sie anerkennen, daß ihre gemeinsame Währungspolitik die Förderung des internationalen Güterausstausches zum Ziele hat, eine Förderung, die durch die Ähnlichkeit der in ihren Län-

stehenden Ausschuss zu unterbreiten, der die Aufgabe hätte, den endgültigen Wortlaut der Konvention festzusetzen, und zwar so beschleunigt, daß die Konvention bald unterzeichnet werden kann;

3. für Fragen der Touristik und des Verkehrs zwei Unterausschüsse, bestehend aus den betreffenden Regierungsvertretern einzusetzen, mit dem Auftrag, der Generalkommission über die ihr schon jetzt unterbreiteten Fragen oder noch zu unterbreitenden Fragen einen Bericht vorzulegen;

4. unverzüglich die erwähnten Unterausschüsse einzuberufen und die Generalkommission innert drei Monaten in Brüssel zusammentreten zu lassen, um vom Stand der Arbeiten Kenntnis zu nehmen und das weitere Programm festzulegen, ohne jedoch die Interessen dritter und die Notwendigkeit einer noch weiteren Zusammenarbeit auf internationalem Boden aus den Augen zu lassen.“

Erklärungen des französischen Handelsministers.  
Brüssel, 21. Okt. Ag. (Sabas.) Der französische Handelsminister Lamoureux empfing die Presse-

## Das Schisma in der Deutschen Evangelischen Kirche Tatsache.

### Entscheidende Beschlüsse der Bekenntnissynode.

K. Berlin, 21. Okt. (Privattele.) Veranlaßt durch die aufgeregten Vorgänge in der Mitte der deutschen Kirche, die zu der schweren Auseinandersetzung zwischen Dr. Linder, dem Reichsführer der Deutschen Christen, einerseits und Ministerialdirektor Jäger andererseits führte, greift nun auch die

### deutsche Bekenntnissynode in den Kampf

ein. Am Freitag um 10 Uhr trat im Gemeindehaus zu Berlin-Dahlem unter dem Vorsitz des Präses D. Koch die zweite Bekenntnissynode zusammen. Es waren etwa 30 Delegierte anwesend.

### II.

1. Alle unsere von Schrift und Bekenntnis her erhobenen Proteste, Warnungen und Mahnungen sind umsonst geblieben; im Gegenteil, die Reichskirchenregierung hat unter Berufung auf den Führer und unter Heranziehung und Mitwirkung politischer Gewalt rücksichtslos ihr kirchenzerstörendes Werk fortgesetzt.

2. Durch die Vergewaltigung der süddeutschen Kirchen ist uns die letzte Möglichkeit einer an den bisherigen Zustand anknüpfenden Erneuerung der kirchlichen Ordnung genommen worden.

der Deutschen Kirchen, einmütig und einträchtig  
direktor Jäger andererseits führte, greift nun  
auch die

### deutsche Bekenntnissynode in den Kampf

ein. Am Freitag um 10 Uhr trat im Gemeindehaus zu Berlin-Dahlem unter dem Vorsitz des Präses D. Koch die zweite Bekenntnissynode zusammen. Es waren etwa 30 Delegierte anwesend, unter ihnen als Vertreter des Ökumenischen Rates Dr. Böcklin aus Basel sowie Vertreter der dänischen, schwedischen und anglikanischen Kirchen. Referate hielten Dr. Fiedler, Rechtsanwalt aus Leipzig, der bekannte Reichsgerichtsrat Dr. Flohr, dessen Gutachten von der Bekenntnissynode als Ausgangspunkt für ihre juristischen Kämpfe gegen die Maßnahmen der Reichskirchenregierung benützt werden, ferner Pfarrer Niemöller aus Dahlem sowie der bekannte Bekenntnispfarrer Schmussen aus Schleswig-Holstein. Alle Referate beschäftigten sich mit der augenblicklichen kirchenpolitischen Lage in Deutschland, besonders mit den Vorgängen in Württemberg und Bayern. Die Beratungen der Synode nahmen volle zwei Tage in Anspruch; am Freitag dauerten sie bis 3 Uhr nachts, am Samstag begannen sie um 8 Uhr und waren erst um 5 Uhr nachmittags zu Ende. Das Ergebnis der Beratungen ist die einstimmige Annahme der folgenden Botschaft:

„Mit Polizeigewalt hat die Reichskirchenregierung nach der kurhessischen auch die württembergische und die bayerische Landeskirchenleitung beseitigt. Damit hat die schon längst in der Evangelischen Kirche bestehende und seit dem Sommer 1933 offenbar gewordene Zerrüttung einen Höhepunkt erreicht, angesichts dessen wir uns zu folgender Erklärung gezwungen sehen:

#### I.

1. Der erste und grundlegende Artikel der Verfassung der deutschen Evangelischen Kirche vom 1. Juli 1933 lautet: „Die unantastbare Grundlage der D. E. K. ist das Evangelium von Jesus Christus, wie es uns in der Heiligen Schrift bezeugt und in den Bekenntnissen der Reformation neu an das Licht getreten ist. Hierdurch werden die Vollmachten, deren die Kirche für ihre Sendung bedarf, bestimmt und begrenzt.“

Dieser Artikel ist durch die eigenen Gesetze und Maßnahmen der Reichskirchenregierung tatsächlich beseitigt. Damit ist die sichere Grundlage der Deutschen Evangelischen Kirche aufgehoben.

2. Die unter der Parole „Ein Staat — ein Volk — eine Kirche“ vom Reichsbischof erstrebte Nationalkirche bedeutet, daß das Evangelium für die D. E. K. außer Kraft gesetzt und die Botschaft der Kirche an die Mächte dieser Welt ausgeliefert wurde.

3. Die angemaßte Alleinherrschaft des Reichsbischofs und seines Rechtswalters hat ein in der Evangelischen Kirche unmögliches Papsttum aufgerichtet.

4. Beseffen von dem Geiste einer falschen, unbiblischen Offenbarung, hat das Kirchenregiment den Gehorsam gegen Schrift und Bekenntnis als disziplinwidrig bestraft.

5. Die schriftwidrige Einführung des weltlichen Führerprinzips in der Kirche und die darauf begründete Forderung eines bedingungslosen Gehorsams hat die Amtsträger der Kirche an das Kirchenregiment statt an Christus gebunden.

6. Die Ausschaltung der Synoden hat die Gemeinden in Widerspruch zur biblischen und reformatorischen Lehre vom Priestertum aller Gläubigen mundtot gemacht und entrechtet.

der Reichskirchenregierung hat unter Verharmung auf den Führer und unter Heranziehung und Mitwirkung politischer Gewalt rücksichtslos ihr kirchengerstörendes Werk fortgesetzt.

2. Durch die Vergewaltigung der süddeutschen Kirchen ist uns die letzte Möglichkeit einer an den bisherigen Zustand anknüpfenden Erneuerung der kirchlichen Ordnung genommen worden.

3. Damit tritt das kirchliche Notrecht ein, zu dessen Verkündung wir heute gezwungen sind.

#### IV.

1. Wir stellen fest: Die Verfassung der Deutschen Evangelischen Kirche ist zerfallen. Ihre rechtmäßigen Organe bestehen nicht mehr. Die Männer, die sich der Kirchenleitung im Reich und in den Ländern bemächtigten, haben sich durch ihr Handeln von der christlichen Kirche getrennt.

2. Auf Grund des kirchlichen Notrechts der an Schrift und Bekenntnis gebundenen Kirchengemeinden und Träger eines geistlichen Amtes schafft die Bekenntnissynode in der Deutschen Evangelischen Kirche neue Organe der Leitung. Sie beruft zur Leitung und Vertretung der Deutschen Evangelischen Kirche als eines Bundes bekenntnisbestimmter Kirchen den Bruderrat der Deutschen Evangelischen Kirche und aus seiner Mitte den Rat der Deutschen Evangelischen Kirche zur Führung der Geschäfte. Beide Organe sind den Bekenntnissen entsprechend zusammengefaßt und gegliedert.

3. Wir fordern die christlichen Gemeinden, ihre Pfarrer und Ältesten auf, von der bisherigen Reichskirchenregierung und ihren Behörden keine Weisungen entgegenzunehmen und sich von der Zusammenarbeit mit denen zurückzuziehen, die diesem Kirchenregiment weiter gehorchen. Wir fordern sie auf, sich an die Anordnungen der Bekenntnissynode der D. E. K. zu halten.

4. Wir übergeben diese unsere Erklärung der Reichsregierung und bitten sie, von der damit vollzogenen Entscheidung Kenntnis zu nehmen, und fordern von ihr die Anerkennung, daß in Sachen der Kirche, ihrer Lehre und Ordnung die Kirche, unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrates, allein zu urteilen und zu entscheiden berufen ist.

Das ist klipp und klar — das Schisma. Die Dinge drängen jetzt unmittelbar zur Entscheidung. Diese Erklärung wurde am Samstag Nachmittag noch dem

Führer Adolf Hitler übergeben, gerade als er sich in einer Besprechung mit seinem Stellvertreter Rudolf Heß über die Kirchenfrage befand. Es wird uns neuerdings bestätigt, daß Adolf Hitler am kommenden Dienstag eine grundsätzliche Erklärung im Kirchenstreit abgeben wird. Wie die Dinge nun stehen, läßt sich die weitere Entwicklung nicht überblicken oder auch nur voraussagen. Sowohl die Regierung wie die Partei haben bis jetzt sich dem Kirchenkampf vollkommen ferngehalten, und es ist somit interessant, die Stellungnahme zu lesen, wie sie von Dettin, der Leiter der „Abteilung für den kulturellen Frieden“ der Nationalsozialistischen Partei an den Dekan Schlatter in Eßlingen gab, der sich mit einer Beschwerde an die Partei über die Vorgänge in Württemberg wandte. In dieser Stellungnahme wurde gesagt, daß der Stellvertreter des Führers gleich dem Führer und Reichskanzler die Zermürbungen in der Evangelischen Kirche aufs tiefste bedauere, weil dadurch die Kraft und Leistung in der evangelischen Kirche der Christenheit in der religiösen Kulturarbeit für das deutsche Volk auf das empfindlichste geschwächt werde. Der Streit sei heute aber zu einem geistigen Ringen geworden, in das

haben;

1. eine Generalkommission, bestehend aus den betreffenden Konferenzdelegierten, einzusetzen;  
2. anerkennen, daß ihre gemeinsame Währungspolitik die Förderung des internationalen Güterausstausches zum Ziele hat, eine Förderung, die durch die Mithilfe der in ihren Ländern bestehenden Währungsverhältnisse begünstigt wird, und kommen überein:

1. eine allgemeine Kommission, bestehend aus den betreffenden Konferenzdelegierten, einzusetzen;

2. was den Güterausstausch anbelangt:  
a) die Möglichkeiten zu prüfen, die gegenwärtig für eine Erweiterung des Güterausstausches zwischen ihren Ländern vorliegen. Sie erachten es als wünschenswert, daß der Güterausstausch gegenüber dem Umfang vom 1. Juli 1933 bis 30. Juni 1934 um 10 Prozent wachse;

b) zu diesem Zwecke unverzüglich in zweiseitige Unterhandlungen einzutreten, die in einer Frist von höchstens einem Jahr zu Ende geführt sein wollen;

c) den Entwurf zu einer internationalen Vereinbarung über die Handelsverbung einem aus den Vertretern der unterzeichnenden Regierungen be-

weider der Staat noch die Partei eingreifen dürfen. Den Vertretern beider Richtungen allerdings, den Verantwortlichen, falle eine wichtige Aufgabe zu, nichts zu unterlassen, was zur friedlichen Beilegung des Streites führe. Von ihnen müsse immer wieder das Gemeinsame und nicht das Trennende betont werden. Die Reichsparteileitung in ihrer Absehung für den kulturellen Frieden läßt, ohne aus ihrer Unparteilichkeit herauszutreten, im Sinne des Führers und seines Stellvertreters nichts unberührt, was dem Frieden diene. Nun ist aber gerade in den Ereignissen der letzten Wochen klar geworden, daß auch die Deutschen Christen mit dem allzu

#### überstürzten Kurs,

den der Ministerialdirektor Jäger eingeschlagen hat, nicht mehr mitgehen können und wollen. Insbesondere der Reichsführer Dr. Kinder hielt es für nötig, aufs allerenergischste zu bremsen, und gerade aus diesem Bestreben heraus sind ja die Erklärungen der Bekenntnissynode veranlaßt worden.

Zum Schluß noch das immer bestimmter auftretende Gerücht, daß Ministerialdirektor Jäger zurücktreten werde.

K. Berlin, 21. Okt. (Privattele.) Heute Vormittag hielt Präses Koch in der Jesus-Christus-Kirche in Dahlem die Predigt nach den Worten des Johannes-Evangeliums: „Herr, gib den Knechten Freude zu reden.“ Er nahm, wie schon der Text des Wortes besagt, Anlaß in dieser Predigt, sich mit dem Problem des Kirchenstreits auseinanderzusetzen, um den Widerstand der Bekenntniskirche zu den Beschlüssen der Nationalsynode zu begründen. Dann verlas er die Erklärung, die bei der am Samstag zu Ende gegangenen Tagung der Bekenntnissynode verfaßt worden war.

#### Katholizismus und Nationalsozialismus.

K. Berlin, 21. Okt. (Privattele.) Das „Katholische Kirchenblatt“, das Organ des bischöflichen Ordinariats von Berlin, veröffentlicht heute eine Rede, die der Bischof von Münster Clemens Graf von Galen Ende vorigen Monats in Heddinghausen bei Anlaß einer Kirchenweihe gehalten hat. Der

wendigkeit einer noch weiteren Zusammenarbeit auf internationalem Boden aus den Augen zu lassen.“

#### Erklärungen des französischen Handelsministers.

Brüssel, 21. Okt. Ag. (Sabas.) Der französische Handelsminister Lamoureux empfing die Pressevertreter seines Landes in Brüssel und gab ihnen Erklärungen über die am Samstag Abend zu Ende gegangene Konferenz der Goldblockländer ab. Er drückte seine Genugtuung über das erzielte Ergebnis aus und erklärte, er sei bereit, mit der belgischen Regierung sofort zweiseitige Handelsvertragsverhandlungen aufzunehmen. Die Verhandlungen mit Italien würden schon demnächst beginnen. Eine Politik der Zusammenarbeit zwischen den Ländern des Goldblocks sei sehr wohl vereinbar mit der Kontingentierungspolitik der französischen Regierung. Der französische Landwirtschaftsminister Queuille sei bereit, dieser Politik seine Zustimmung zu geben unter der Voraussetzung, daß ihm das Recht eingeräumt werde, für jedes Quartal die Kontingente je nach der Lage der französischen Landwirtschaft selbst zu bestimmen, und unter der weiteren Voraussetzung, daß Belgien den französischen Agrarerzeugnissen gewisse Vorteile biete.

Bischof, der im deutschen Episkopat eine hervorragende Stellung einnimmt, beschäftigte sich darin mit den Auseinandersetzungen zwischen Katholizismus und Nationalsozialismus. Er ging von dem alten Grundsatz aus: „Es gibt keine obrigkeitliche Gewalt, die nicht von Gott stammt, und wo eine obrigkeitliche Gewalt besteht, da ist sie von Gott angeordnet.“ Später dann griff er auf den Hirtenbrief zurück, mit dem die deutschen Bischöfe unmittelbar nach der Umwälzung des Jahres 1933 ihre Stellungnahme zu den damaligen Ereignissen kennzeichneten. Darin hieß es: „Für die katholischen Christen, denen die Stimme der Kirche heilig ist, bedarf es auch im gegenwärtigen Zeitpunkt keiner besonderen Mahnung gegenüber der rechtmäßigen Obrigkeit und zur gewissenhaften Erfüllung ihrer staatsbürgerlichen Pflichten unter Ablehnung alles rechtswidrigen oder umstürzlerischen Verhaltens.“ Darüber hinaus haben die deutschen Bischöfe im gemeinsamen Fuldaer Hirtenbrief im Juni 1933 ganz ausführlich darüber gesprochen, wie sehr sie und mit ihnen alle echten Katholiken gute und wahre Ideen, die mit der nationalsozialistischen Bewegung zur öffentlichen Geltung kamen, begrüßen, und haben ihre freudige Mitarbeit für die Freiheit und das Glück unserer lieben Heimat angeboten. In dem unbegreiflicherweise vor der Verlesung durch Polizeistellen beschlagnahmten Fuldaer Hirtenbrief vom 7. Juni 1934 heißt es: „Wir haben es freudig begrüßt, als im vorigen Jahr die Reichsregierung es als ihren Entschluß und festen Willen bekundete, die Rechte und die Freiheit der Kirche zu achten und zu schützen. In inniger Liebe zu unserem deutschen Volk und aufrichtiger Anerkennung der Maßnahmen der Regierung zur Abwehr der Gottlosenpropaganda und der öffentlichen Unsitlichkeit, im Vertrauen auf ihr Wollen, die Kräfte des Christentums zum tragenden Fundament der neuen Volksordnung zu machen, waren und sind wir bereit, das uns zugesicherte freie Wirken der Kirche zum Heile der Menschen, zum wahren Glück unseres Volkes einzusetzen.“ Der Bischof wandte sich dann gegen das Mißtrauen, das den deutschen Katholiken schmerze und verleihe, und die daraus folgende Zurücksetzung treudeutscher und treukatholischer Volksgenossen, die Anebelung der kirchlichen Vereine



und Organisationen, denen doch im Reichskonkordat vom 20. Juli 1933 der Schutz des Staates zugesichert ist. Mit ganz besonderer Schärfe wendet sich der Kirchenfürst dann gegen die neue Propaganda eines „angeblich deutschgläubigen Heidentums“. So lange man fortfahre, „ein Buch, das in radikaler Weise unter Anwendung zahlloser Entstellungen den Gottesglauben der christlichen Religion, die Achtung vor der Autorität Christi und der Kirche zu untergraben sucht, in den Schulen, in Lehrkreisen, in Führerkursen, in Arbeitsdienstlagern zu verbreiten und als Grundbaue der Weltanschauungs- und Volksbildung anzupreisen, so lange muß die katholische Kirche davor warnen und mahnen und protestieren. Der Protest richtet sich nicht gegen den Staat und die staatliche Obrigkeit, sondern gegen jene Propaganda heidnischer Lehre, die bisher fast immer ungestraft mit dem Anspruch auftritt, die Weltanschauung des Nationalsozialismus zu sein“.

Nun fährt Bischof Galen wörtlich fort: „Gott sei Dank, ich hoffe, daß sie nicht mehr lange ungestraft mit diesem Anspruch auftreten dürfen. Der Führer und Reichskanzler Adolf Hitler hat in der Audienz, welche er am 27. Juni 1934 mehreren deutschen Bischöfen (es sind dies wohl die Bischöfe, die seitens des Hl. Stuhles zur Verhandlung über das Konkordat mit der Reichsregierung bestimmt worden waren) gewährt hat, denselben das Versprechen gegeben, daß er in einer ausdrücklichen Anweisung an die Partei und an die staatlichen Organe Befehl geben werde, daß in Zukunft die neuheldische Propaganda unterbleibe. Sobald diese Anweisung und dieser Befehl sich allgemein ausgebreitet haben, dann wird auch jenes von uns schmerzlich empfundene und verabschiedete Mißverständnis aufgehoben, durch die unsere pflichtmäßige Abwehr der christumsfeindlichen Propaganda und die Zurückweisung der neuheldischen Irrlehre als Angriffe gegen den Nationalsozialismus oder gar gegen den Staat mißdeutet werden. Dann wird es auch nicht allzu schwer werden, die Verhandlungen zwischen den staatlich privilegierten Organisationen der Jugend und der Erwachsenen und den katholisch-kirchlichen Vereinen zu einem Abschluß zu führen, welcher sowohl den berechtigten staatlichen Bestrebungen als auch den kirchlichen Grundföhen und eigenen Interessen gerecht wird.“

## Die Trauerfeier für Raymond Poincaré.

M. Paris, 20. Okt. (Privatmelde.) Paris erwiebs heute auf grandiose Weise dem Mann die letzten Ehren.

den die Geschichte zu den größten Franzosen zählen wird. Der Eifer, womit sich ein ganzer Volk in den letzten Tagen ins Pantheon an die Bahre Poincarés begeben hatte, zeigte, daß die Demokratie nicht immer undankbar ist. Sie erinnerte sich der Verdienste, die der Verbliebene als Staatsmann und Parlamentarier um sie hatte.

Das Arrangement im Pantheon war zugleich geschmackvoll, würdig und feierlich. Von der ungeheuren Kuppel hingen schwarze und violette Schleier herab. Die weiße Steinflöhe war ein Blumenbeet, in dessen

Mitte der Katafalk mit seiner Ehrenwache von Reiterbeoffizierten in Zivil. Das Licht, das vom Sarge ausströmen schien, wurde aufgefangen von einer Kristalle. So war verknüpft, daß der Lebende seine letzte Kraft dem Vaterland gewidmet hatte. Hinter den Randesfarben leuchtete noch die steinerne Figur der Re-



Generaloberst von Kluck, der bekannte deutsche Heerführer, dessen Name mit dem deutschen Vormarsch auf Paris und der Marne-schlacht aufs engste verknüpft ist, starb im 89. Altersjahr.

## Demission des jugoslawischen Rabinetts.

Belgrad, 20. Okt. Ag. (Sabas.) Ministerpräsident Jugoslawien unterbreitete am Samstag um 11 Uhr dem Regenshaftsrat die Demission des Rabinetts. Er tat dies, um den Regenshaftsrat in die Lage zu versetzen, eine den Bedürfnissen der Stunde entsprechende Regierung zu bilden.

In den politischen Kreisen herrscht im allgemeinen die Ansicht, daß die Regenshaft die Bildung eines Konzentrationstabinetts auf umfassender Grundlage anstreben werde, und zwar unter Verteilung der Führer der Oppositionsparteien, die anlässlich des Todes von König Alexander ihren Treue und ihrer Loyalität gegenüber dem kaiserlichen Kaiser versichert haben. Sollte ein derartiger Versuch scheitern, so beabsichtigt die Regenshaft die Bildung einer Regierung von Fachministern.

Die Demission erfolgte übrigens in verfassungsmäßiger Form. Auch die Präsidenten von Kammer und Senat haben gemäß der Verfassung ihre Demission eingereicht, wurden aber wiedergewählt.

Republik Poincaré das Unmögliche tat, um den Frieden zu erhalten. Und das schloßte Rob aus diesem Munde war das Bedauern, daß Raymond Poincaré nicht mehr da sei, um zu leiten, zu raten und zu helfen. Und nun grüßte die Armee die Reste des Mannes, der nach der Fiktion der Verfassung sieben Jahre lang, darunter in vier Kriegsjahren, ihr oberster Chef gewesen war. Vor und nach dem Défilé salutierte der General Gouraud vor dem Sarge, wie wenn er wie früher dem Präsidenten die Truppen hätte an- und abmelden wollen. Als sich der

Leichenzug gebildet hatte, hielten mit geantem Geheiß die Jäger zu Fuß ihrem ehemaligen Kameraden die Ehrenwache. Unmittelbar neben der Kasse kaiserlichen Staatsminister Serriol, Villard, ehemaliger Präsident der Republik, General Bourgeois, Vizepräsident des Senats, Sanotauz als Vertreter der Französischen Akademie, General Weygand, ein weiterer Vertreter der Armee und der Marine, der Obmann des Adolatenordens, der erste Präsident des Rechnungshofes, ein Kreisrat der In-

## Aus der Untersuchung im Marseiller Mordfall.

### Neue Verhaftungen.

Ein Geheiß Pamelitsch gefaßt. Paris, 21. Oktober. Ag. (Sabas.) Der am Mittwoch in Lüttich verhaftete Süblaw hat gestanden, Pamelitsch zu heißen. Es handelt sich um den Hauptunterführer Dr. Ante Pamelitsch.

Lüttich, 20. Oktober. Ag. (Sabas.) Die Polizei hat einen aus Dalmatien stammenden Jugoslawen namens Stipo festgenommen. Stipo traf gerade Vorbereitungen, um nach Argentinien abzureisen. Sein Signalement entspricht einer von der jugoslawischen Polizei gegebenen Beschreibung eines Untergebenen Pamelitschs.

### Eine Spur der „blonden Slawin“?

Epernay-sur-Marne, 20. Oktober. Ag. (Sabas.) Als am 12. Oktober im Walde von Fontainebleau der Terrorist Pamelitsch von der Polizei gefaßt wurde, hielten Genarmen die bei Epernay auf der Pariser Straße aufpaßten, einen Automobilisten an, der in Begleitung einer blondhaarigen Frauenperson war. Er wies Ausweispaßire auf den Namen eines in Paris wohnhaften Schiffsfahrers aus und schien es sehr eilig zu haben.

Heute glauben die betreffenden Genarmen auf Grund der leichter veröffentlichten Photographien, daß es sich bei den zwei Automobilfahrern um Dr. Pamelitsch und Maria Dubrissch handelte.

### Zur Vorgeschichte des Attentats.

Die Erhebungen der Waadtländer Polizei.

Rausanne, 20. Oktober. Ag. Die waadtländische Polizei fest ihre Erhebungen in der Affäre der jugoslawischen Verschwörer fort und hat neue Tatsachen ermittelt, die den Untersuchungen der französischen Polizei von Nutzen sein könnten. Es wurde mit Gewißheit festgestellt, daß Kwaternik, genannt der „Abgesandte“, im Laufe des Septembers mehrmals in Rausanne weilte, um sich an Ort und Stelle zu orientieren und den Grenzübertritt seiner Komplizen vorzubereiten. Gelegentlich einer dieser Reisen wechselte Kwaternik, der über bedeutende Geldmittel verfügte, in Rausanne Geld, was von der Polizei einmündig festgestellt werden konnte. Er hatte damals 8000 Schweizerfranken in ungarische Pengö, österreichische Schillinge, Reichsmark und französische Franken wechseln lassen, und zwar geschah dies wenige Tage vor der Ankunft der ganzen Verschwörerbande in Rausanne. Das Geld war zur Bezahlung der Reisekosten seiner Komplizen bestimmt.

### Von der französisch-ungarischen Grenze.

Amnec, 20. Oktober. Ag. (Sabas.) Der Bahnhof-angestellte Nevechon in St. Julien hat der Polizei von St. Julien einige Erklärungen abgegeben, die sich auf das Attentat von Marseille beziehen. Nevechon führte aus, daß am 4. Oktober ein Ausländer um 7.50 Uhr morgens mit dem Pariser Schnellzug in St. Julien eingetroffen sei, der nur schlecht französisch gesprochen und gefragt habe, wie er am besten nach Genf gelangen könnte. Der Fremde habe drei ziemlich große Koffer mit

sich geführt. Um 10.30 Uhr sei er dann in der Richtung auf Annemasse weitergefahren. Das von Nevechon gegebene Signalement des Fremden entspricht ziemlich genau dem Ante Pamelitsch. Die Polizeibeamten zeigten Nevechon die Photographien Pamelitschs und Kwaterniks, worauf Nevechon ohne Zögern erklärte, daß es sich um Pamelitsch handle.

### König Alexander und die englische Polizei.

London, 20. Oktober. Ag. (Sabas.) Der „Daily Mail“ werden aus Belgrad folgende Einzelheiten über das Ver-spisat zu der Tragödie von Marseille berichtet:

„Der König mußte ohne Zweifel von der Versuchung, die sich gegen sein Leben richtete, Er hatte dies im Laufe des vergangenen Sommers in Wied dem Herzog von Kent gestanden. Als der Herzog von Kent nach London zurückkehrte, setzte er den Chef von Scotland Yard, Lord Trenchard, davon in Kenntnis. Scotland Yard legte sich unermüßlich mit der französischen Polizei in Verbindung und machte ihr sogar das Angebot, zehn Inspektoren nach Frankreich zu entsenden, um an der Überwachung der verdächtigen Terroristen teilzunehmen. Dieses Angebot wurde jedoch abgelehnt, ebenso das Angebot der jugoslawischen Polizei, die dem König eine Besuche von 30 Mann beiseite wollte. Im Belgrad wird angenommen, daß König Alexander bei seinem Besuch in Sofia eine Wange wunde getragen habe, worauf er in Marseille verzögert wurde, weil der Schnitt der Marineuniform die Wunde verraten hätte.“

### Um die Auslieferung der in Turin Verhafteten.

Paris, 20. Okt. (United Press.) Frankreich hat an Italien ein offizielles Gesuch um Auslieferung der beiden in Turin verhafteten Krawaten Dr. Pamelitsch und Eugen Amaterini gestellt. Das Aufnahmeverfahren über das Auslieferungsbegehren gestellt wurde, das um rasche Erledigung der Angelegenheit, und die Marseiller Polizeibehörden hoffen, die beiden Krawaten bereits am kommenden Montag vernahmen zu können. Wie verlautet, haben die italienischen Behörden einem französischen Polizeikommissar die Bemerkung verweigert, die beiden Verhafteten in Turin zu verhören. Der französische Polizeikommissar in Rom wird deshalb bei den ausländischen Stellen vorstella werden.

### Pamelitschs Propaganda.

Berlin, 20. Okt. Ag. Die Agentur Sabas teilt mit: In einer ihrer letzten Nummern erklärte die Zeitung der kroatischen Emigranten „Kroatipress“, die, nachdem sie in Berlin verboten wurde, in Danzig erschien, daß der Tag, an dem die Bombe der Krawaten schlagen werde, die Welt in Schrecken versetzen würde. Dieser wurde ausgeführt, daß die Zukunft der Bläse Barthou und des Königs Alexander in den Händen des Schicksals liege.

Der Direktor der „Kroatipress“ war der in Turin verhaftete Ante Pamelitsch, der die Zeitung gemeinsam mit seinem in Berlin wohnenden Freunde Kellisch herausgab. Dieser soll die deutsche Hauptstadt vor etwa zwei Wochen verlassen haben. Kurz vorher sei Pamelitsch bei ihm auf Besuch gewesen.

## Die internationale Politik nach dem Marseiller Mord.

### Die Verhandlungen von Belgrad.

Belgrad, 20. Okt. Ag. (Sabas.) Die fünf Außenminister der Balkan-Entente und der Kleinen Entente wurden vom rumänischen König und vom Prinzen Paul von Jugoslawien empfangen. Der griechische Außenminister Maginos sprach im Namen der Minister und erklärte, daß das unternommene Werk trotz dem Willen des Königs Alexander mit neuer Energie fortgesetzt werden solle. Im Ansehn würden die Minister die Mittel und Wege prüfen, um die Annäherung zwischen ihren Völkern zu entwickeln und die Zusammenarbeit der Völker auf allen Gebieten zu organisieren. Maginos gab der Überzeugung Ausdruck, daß die Bemühungen dank dem gemeinsamen Willen von Erfolg gekrönt sein werden.

(v) Paris, 20. Okt. Am Freitag von der Kleinen Entente und dem Balkan-Entente.

er, es sei Deutschlands Wunsch, mit Jugoslawien in freundschaftlichen Beziehungen zu stehen. Deutschland ziehe keineswegs auf den Balkan ab, denn das deutsche Volk von heute sei nicht laßlos fremd, und es werde ihm nicht wieder das gleiche passieren, wie im Jahre 1914, als es für an der Zeit Asien aus dem Feuer holen mußte. Nicht die Waffen, sondern nur eine starke und einzige Persönlichkeit könne einen Staat leiten, und Deutschlands Führer Götter wünsche, daß das ganze jugoslawische Volk die von seinem großen König geleitete Aktion fortsetze.

### Die Emigrantenfrage.

Berlin, 20. Okt. Ag. (D. A. P.) In einem Artikel über die Untersuchung des Marseiller Attentats schreibt die „Deutsche Diplomatische-Politische Korrespondenz“ u. a.:

geschmückt, würdig und feierlich. Von der ungeheuren Kuppel hingen schwarze und violette Schleier hernieder. Die weite Steinfliese war ein Blumenbeet, in dessen

#### Mitte der Katastrophe

mit seiner Ehrenwache von Reserveoffizieren in Zivil. Das Licht, das vom Sarge ausströmen schien, wurde aufgefangen von einer Trifolore. So war versinnbildlicht, daß der Lebende seine beste Kraft dem Vaterland gewidmet hatte. Hinter den Vandenbargen leuchtete noch die steinerne Figur der Republik, der die Männer des Konvents schwören, daß sie frei leben oder sterben wollen. Sonst war alles im Halbdunkel.

Bis gestern nach Mitternacht zog der Menschenstrom leise und ergriffen vorüber. Und heute in aller Frühe war die Menge wieder da, um der Totenfeier beizuwohnen, die vielleicht dem Auge noch mehr bot als dem Herzen. Dichte Reihen füllten die Straßenzüge vom Panthéon bis zur Notre-Dame. Auf dem Panthéonplatz und in der Rue Soufflot waren Tribünen errichtet worden. Unter den Klängen der Militärmusik, die ein schrilles Signal gegen den nassen Himmel schmetterte, wurde der ins Fahrensucht gehüllte Sarg herausgetragen und unter ein mächtiges schwarzes Gerüst gestellt. Das über Nacht entstanden war. Eben auf dem ehrwürdigen Hügel der heiligen Genoveva, vor dem Gebäude, das das dankbare Vaterland seinen großen Männern widmet, nahm

Gaston Doumergue Abschied von Raymond Poincaré. Mit tränen Worten wurde er der Rolle Poincarés gerecht. Als ehemaliger Außenminister bezeugte er, daß der Präsident der

Verdungen gebrüdet hatte, hielten mit gekentem Gewehr die Jäger zu Fuß ihrem ehemaligen Kameraden die Ehrenwache. Unmittelbar neben der Lafette schreiten Staatsminister Gerriot, Millerand, ehemaliger Präsident der Republik, General Bourgeois, Vizepräsident des Senats, Ganotaur als Vertreter der Französischen Akademie, General Weygand, ein weiterer Vertreter der Armee und der Marine, der Obmann des Adhokatenordens, der erste Präsident des Rechnungshofes, ein Kreisrat der lothringischen Heimat und Vertreter der ehemaligen Kriegsteilnehmer und Reserveoffiziere. Hinter den Mitgliedern der Familie, unter denen man beim Panthéon noch Madame Poincaré bemerkte, kamen der Präsident der Republik, der Ministerpräsident, die Regierung, die Vertreter der fremden Staatsoberhäupter und Regierungen, gefolgt von den konstituierenden Korps, den Parlamentariern und einer großen Anzahl anderer Korporationen. Unter feierlichen Klängen bewegt sich dieser Zug durch die dichte Hecke von Truppen und Publikum zur

#### Notre-Dame.

wo die religiöse Feier unter dem Vorsitz des Kardinals Winet. Der Gesang, der Besangon, stattfand. Nach dem Schlußgottesdienst, verneigten sich der Präsident Lebrun, die Präsidenten von Senat und Kammer, die Minister und die Mitglieder des diplomatischen Korps vor Madame Poincaré und der Trauerfamilie. Die Beisetzung findet im Poincaréschen Familiengrab in Aubecourt statt. Der Präsident der Republik wird dabei durch einen General und die Regierung durch die Staatspräsidenten Gerriot und Cardieu vertreten sein.

dem Prinzen Paul von Jugoslawien empfangen. Der griechische Außenminister Maginos sprach im Namen der Minister und erklärte, daß das unternommene Werk trotz dem Ableben des Königs Alexander mit neuer Energie fortgesetzt werden solle. In Ankara würden die Minister die Mittel und Wege prüfen, um die Annäherung zwischen ihren Völkern zu entwickeln und die Zusammenarbeit der Völker auf allen Gebieten zu organisieren. Maginos gab der Ueberzeugung Ausdruck, daß die Bemühungen dank dem gemeinsamen Willen von Erfolg gekrönt sein werden.

(-) Paris, 20. Okt. Die am Freitag von der Kleinen Entente und dem Balkan-Bund angenommenen Entschlüsse werden allgemein von der französischen Presse als ein Beweis für den Friedenswillen der beteiligten Länder begrüßt. Die Blätter heben anerkennend die große Ruhe und Kaltblütigkeit hervor, die aus dem Wortlaut der Entschlüssen sprechen, und billigen ferner, daß in den Communiqués auf keine bestimmte Macht oder Regierung Bezug genommen worden sei.

#### Eine Rede Simons.

London, 20. Okt. Ag. (Havas.) In einer in Northampton gehaltenen Rede spielte Sir John Simon auf Serajewo an und versicherte, daß gegenwärtig sich kein Konflikt dieser Art ereignen könnte. Alle europäischen Staatsmänner würden sich dafür bemühen, jede derartige Möglichkeit zu beseitigen. Der Minister hob die wichtige Rolle hervor, die der Völkerbund in solchen Angelegenheiten spiele, und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die französisch-italienisch-jugoslawische Annäherungsbewegung nicht zum Stillstand kommen werde. Es liege im Interesse Europas, die schwierige Aufgabe zu erleichtern, vor der die jugoslawische Regierung stehe. Ein starkes, geeintes und blühendes Jugoslawien sei notwendig.

#### Zeitungsverbot in Ungarn.

(-) Budapest, 20. Okt. (Europapress.) Das nationalistische Organ „Magyar Szó" wurde durch eine Verfügung des Innenministeriums für die Dauer von vier Tagen verboten mit der Begründung, daß einzelne Artikel des Blattes die außenpolitischen Interessen Ungarns schädigten. Wie verlautet, erfolgte das Verbot wegen einiger beleidigender Wendungen in dem Bericht über die Beilegungsfeierlichkeiten für König Alexander in Belgrad.

#### Göring in Belgrad.

Belgrad, 20. Okt. Ag. (Havas.) General Göring reiste am Samstag Morgen an Bord eines Flugzeuges wieder nach Berlin ab. Als er sich auf der Treppe nach dem Flugplatz einschiffte, wurde er von hochstehenden jugoslawischen Persönlichkeiten begrüßt.

Während seines Belgrader Aufenthalts gab Göring der Presse zahlreiche Erklärungen ab. So bemerkte

nicht wieder das gleiche passieren, wie im Jahre 1914, als es für andere die Kasta aus dem Feuer holen mußte. Nicht die Massen, sondern nur eine starke und einzige Persönlichkeit könne einen Staat leiten, und Deutschlands Führer Hitler wünsche, daß das ganze jugoslawische Volk die von seinem großen König eingeleitete Aktion fortführe.

#### Die Emigrantenfrage.

Berlin, 20. Okt. Ag. (D. N. B.) In einem Artikel über die Untersuchung des Marceller Attentats schreibt die „Deutsche Diplomatisch-Politische Korrespondenz" u. a., Deutschland habe von der kroatischen Emigration verhältnismäßig wenig zu leiden gehabt. Die in Deutschland ansässigen oppositionellen Kroaten hätten Zeitungen gegründet, was ihnen nicht habe verboten werden können und was alle Emigranten in allen Ländern täten. Ihre beiden Blätter seien aber letzten Januar verboten worden, als sich herausgestellt habe, daß sie im Dienste staatsfeindlicher Umtriebe gegen Südslawien gestanden hätten. Die hinter ihnen stehenden Kreise seien scharfsten Überwachung unterworfen, so daß die meisten kroatischen Emigranten Deutschland verlassen hätten, das das Völkrecht streng korrekt auffasse.

Wien, 21. Okt. Ag. Der Vertreter der amtlichen Nachrichtenstelle in Belgrad meldet, daß die südslawische Regierung im Zusammenhang mit dem Marceller Attentat an den Völkerbund mit dem Antrag herangetreten werde, daß durch eine Konvention die Aufnahme konspirierender Emigranten in den verschiedenen Staaten verboten werden soll.

#### Gömbös in Warschau.

(-) Warschau, 20. Okt. (Europapress.) Am Samstag Vormittag stattete der in der Nacht hier eingetroffene ungarische Ministerpräsident Gömbös dem polnischen Ministerpräsidenten Rozłowski, dem Außenminister Bede und dem Vizekriegsminister Besuche ab. Mittags legte er am Grabmal des Unbekannten Soldaten einen Kranz nieder. Um 1 Uhr begab sich der ungarische Ministerpräsident Johann ins königliche Schloß, wo er vom Staatspräsidenten in feierlicher Audienz empfangen wurde. In die Audienz bei Wilhufski schloß sich ein Diner, das Ministerpräsident Rozłowski zu Ehren des ungarischen Gastes gab. In seiner Tischrede wies Rozłowski auf die historische Tradition der beiden Völker und die gemeinsame Zivilisation hin, die sie verbinde. Auch auf wirtschaftlichem Gebiet seien die beiden Völker ebenso wie alle anderen Staaten Mitteleuropas überhaupt voneinander abhängig. Weder in der Rede des polnischen Ministerpräsidenten noch in der Erwiderung des ungarischen Ministerpräsidenten Gömbös, der den Wunsch nach einer weiteren Vertiefung der wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zwischen den beiden Ländern aussprach, wurden politische Fragen berührt.

#### Der Terror in Obiedo.

Genève, 20. Okt. (United Press.) Ein wild furchtbarer Verwüstung und furchtbaren Glends hat sich einem Vertreter der United Press in Obiedo bar, wohin sich der Journalist trotz dem befürchtlichen Verbot von Madrid aus begeben hat. Nach Besichtigung des Kampfschauplatzes gelang es ihm als dem ersten ausländischen Korrespondenten, die französische Grenze zu überschreiten. Er schätzt die Zahl der Toten, die die Kämpfe in Asturien forderten, auf wenigstens 8000; auf die Regierungstruppen und Zivilgardisten entfielen hiebei etwa 500. Als die Truppen in Obiedo einmarschierten, lagen auf den Straßen und in den Gassen der Stadt die Leichen der erschossenen Rebellen zu Hunderten. Viele der Leichen lagen schon seit einigen Tagen dort und waren teilweise bereits in Verwesung übergetreten. Da man Epidemien befürchtete, wurden von Militär- und Polizeibehörden etwa 1000 Leichen auf dem Friedhof verbrannt. Bis zum 18. Oktober war der Widerstand der Rebellen noch nicht gebrochen. In der Zeit vom 7. bis 18. Oktober sind Tag und Nacht Bomben explodiert und Brände in allen Stadtteilen ausgebrochen. Der Haß der Rebellen hatte sich während der Aufstandstage vor allem gegen die Familien der Zivilgardisten gerichtet, die gegen sie im Kampfe standen. Auf grausamste Weise wurden diese Familien ausgerottet. Diese Grausamkeit ist von den Regierungstruppen furchtbar gerächt worden. Drei Tage lang dauerten die Massenerschießungen von Aufständischen an.

#### Nach dem Aufstand in Spanien.

##### Die Unterdrückung der asturischen Revolte.

##### Der Kommunismus im Minengebiet.

Madrid, 21. Okt. Ag. (Havas.) Aus Regierungskreisen verlautet, daß die Aufstandsbewegung in Asturien vollständig unterdrückt sei. Es werden jetzt auch nähere Einzelheiten der Kämpfe zwischen Regierungstruppen und Aufständischen bekannt. Die am Freitag von den Regierungstruppen besetzte Stadt Mieres bildete den Mittelpunkt der ganzen Aufstandsbewegung. Die Führer lenkten die Aufstandsbewegung von dieser Stadt aus, in der übrigens der Kommunismus ausgerufen wurde. Die Rebellen bestanden in der Hauptsache aus Kommunisten und syndikalistischen Anarchisten.

Unerschütterter Terrorakt wurden begangen. Nach der Zeitung „El Debate" sollen allein in Sama 110 Mitglieder der Polizeitruppen ermordet worden sein. In mehreren Ortschaften schafften die Aufständischen das Geld ab und ersetzten es durch Scheine. Die Truppen entdecken immer neue Waffenlager und machen viele Gefangene. Die Aufständischen hatten in einer Waffenfabrik in Obiedo 10.000 Gewehre entworfen. Sie zogen sich nach dem Eingriff der Truppen in die Berge zurück. Die Kriegsgesetze stehen in ständiger Tätigkeit.

#### Ein wirtschaftspolitisches Bekenntnis Dr. Schachts.

K. Berlin, 21. Okt. (Privatbatt.) Eine von Reichsbankpräsident Dr. Schacht am vergangenen Freitag vor der Betriebsgemeinschaft der Deutschen Reichsbank gehaltene Rede hat in der deutschen Öffentlichkeit das größte Aufsehen erregt. Es ist noch nicht lange her, daß er in einem Interview über die Presse sich in überschwenglichster Form für den Nationalsozialismus bekannte, und nun hielt er am Freitag eine Rede, in der er gleichsam, wie man vielfach hören konnte, „seine

#### Liebe zum Liberalismus

wiederfand". Diese Rede, die leicht zu Mißverständnissen führen kan und sehr wahrscheinlich in nationalsozialistisch eingestellten Wirkungskreisen kein besonders freundliches Echo finden wird, war für Dr. Schacht die Benützung einer Gelegenheit, um seinen Standpunkt gegen alle radikale Wirtschaftsexperimente vor aller Welt klarzulegen. Dr. Schacht ist ein absolut mutiger Mann, der das ausspricht, was er denkt und kein Blatt vor den Mund nimmt. Für ihn ist die Wirtschaft kein Gegenstand von theoretischen Konstruktionen, und er hat in seiner Rede vor allem mit denen abgerechnet, die glauben oder glauben machen möchten, man solle heute verbrennen, was man bisher angebetet, und anbieten, was man bisher verbrannt hat. Die Wirtschaft des 20. Jahrhunderts ist nicht auf einfachen, sondern auf komplizierten Voraussetzungen aufgebaut, und es hat wenig Zweck, sagt Dr. Schacht, das Kapital als eine liberalistische Keuselei zu brandmarken. So lange jeder nach Kapital schreit. Auch Mangel und Nachfrage lassen sich nur auf dem geduldbigen Papier zum Verschwinden

bringen, und schließlich sei es eine falsche These, Geldkapital als einen billigen, vermehrbaren Rohstoff anzusehen. Mit aller Energie lehnt Schacht solche Forderungen nicht nur für die Praxis, sondern auch für die Theorie ab. Denn, durch und durch, dachte Theorien kann auch für die

#### Praxis viel verdrorben

werden, und zwar aus zwei Gründen: Einmal hat auch der angeblich schärfste Verfechter einer Theorie in sich gewöhnlich doch einen Gedankengang, oft ein Fehurteil und ein Vorurteil zurechtgelegt, das ihn bei seinem Handeln beherrscht. Der zweite Grund liegt darin, daß Wirtschaftstheorien, die doch im Grunde Zweckmäßigkeitsfragen zum Gegenstand haben, in Deutschland nach der alten Tradition gern in weltanschauliche Sphären hinübergebeut werden, um zu beweisen, daß es für die Wirtschaftsprobleme im nationalsozialistischen Reich nur eine ganz genau vorgezeichnete Lösung gebe. Schacht verwies dann darauf, daß der einzige, über das Laboratoriumstadium hinaus in die Wirklichkeit übergeführte Versuch, den Ablauf der Wirtschaft nach eigenen, vorher genau und zentral konstruierten Plänen zu gestalten, gescheitert sei. Ein Zeichenfeld wertvoller Menschen bedeckt ja in der Tat die Straße, auf der Sowjetrußland sich mühsam feuchend vorwärts bewegt.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung", die sich mit den Ausführungen Dr. Schachts beschäftigt, erklärt, er habe sich keineswegs zum Liberalismus bekannt und die Forderung nach Wirtschaftsfreiheit an die Spitze seiner Betrachtung gestellt; er wehre sich aber mit Recht dagegen, daß die wirtschaftlichen Erfahrungen der Vergangenheit in Sauf und Bogen zum alten Eisen geworfen werden, und würdige diese Erfahrungen vielmehr als wertvolle Mitteilungen für die Wirtschaftspolitik.